

Politik und Wahrheit

Kommunikation, Wissenschaft und Herrschaft im Informationszeitalter

Ob Lügenpresse, Fake News oder alternative Fakten – von allen Seiten wird der Anspruch auf Wahrheit in der politischen Auseinandersetzung in Anschlag gebracht. So wird etwa die etablierte Medienlandschaft als Lügenpresse bezeichnet, oder es werden gezielte Falschmeldungen in sozialen Netzwerken gestreut. Dabei wird auf einer emotionalen Ebene Identitätspolitik betrieben, und es findet eine Positionierung gegen eine rationale alternativlose Politik statt. Dass sowohl die politische Instrumentalisierung eines Begriffes wie ‘Fake News’ als auch Organe wie der Kopp-Verlag in Deutschland oder Breitbart in den USA keine Randerscheinungen mehr sind, sondern inzwischen einen gewissen Einfluss im politischen Geschehen gewonnen haben, zeigen sowohl ihre Verbreitung und Rezeption als auch beispielhaft die Position von Stephen Bannon als Berater des US-amerikanischen Präsidenten.

Dabei stützen sich solche politischen Positionen häufig auf den Anspruch, die schonungslose Wahrheit offenzulegen, keine falsche Rücksicht auf Befindlichkeiten zu nehmen und gegen korrupte ‚Eliten‘ vorzugehen. Als Reaktion spricht die etablierte Medienlandschaft und Politik von einer postfaktischen Ära, wobei Diskussionen zur Wahrhaftigkeit von Politik angestoßen werden. Insbesondere nach der Thematisierung von Wahlkampfbeeinflussung in den USA, Frankreich oder in Deutschland durch sogenannte Fake News rücken Gegenmaßnahmen in den Fokus, wobei etwa soziale Netzwerke in die Verantwortung genommen werden sollen. Gleichzeitig reflektieren vermehrt auch die etablierten Parteien die Dimension von Emotionen, die dadurch zunehmend in der politischen Kommunikation bewusst Einzug erhält. Jenseits dieser tagesaktuellen Debatten stellen sich in der Politik stets Fragen nach der Funktion von Wahrheitsbezügen für die Rechtfertigung und Kritik von politischen Entscheidungen und ihrem Verhältnis zu normativen Diskursen, etwa in Bezug auf Vorstellungen vom guten Leben oder Formen der Ideologiekritik.

Um diese Phänomene im Spannungsverhältnis zwischen Politik und Wahrheit genauer in den Blick zu nehmen, können drei Themenbereiche identifiziert werden:

1. Das Verhältnis von Politik und Wahrheit

Grundsätzlich stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis Politik und Wahrheit zueinander stehen. Ist Wahrheit unverzichtbar für Politik, wie Arendt sagt, wo-

bei sie gleichzeitig despotisch und herrschsüchtig ist? Oder kann Politik ohne Wahrheit funktionieren – und wenn ja, wie? Ist Wahrheit etwas – wie das moderne wissenschaftliche Ideal suggeriert –, das außerhalb der Politik steht und gewissermaßen unpolitisch ist? Denn Politik, so könnte man mit Machiavelli argumentieren, kann sich zur Legitimation und Funktion in gewissen Bereichen zwar auf Wahrheit stützen; sie sollte sich aber nicht von der Wahrheit leiten lassen, sondern die Stabilität oder das reibungslose Funktionieren der Regierung gewährleisten. Oder ist Wahrheit in einem foucaultschen Sinne vielmehr ein Produkt, das überhaupt erst in (politischen) Diskursen produziert wird? Wie kann demnach das Verhältnis von Politik und Wahrheit gedacht werden und wie hilft uns dies, um gegenwärtige politische Phänomene zu analysieren?

2. Wissenschaft als Politik der Wahrheit

Direkt an das grundsätzliche Verhältnis von Politik und Wahrheit anschließend stellt sich die Frage nach der Rolle der Wissenschaft, auf der entsprechend dem modernen Ideal Wahrheit beruht. Kurioserweise bildet der aktuelle Diskurs über ein Zeitalter des Postfaktischen eine starke Kontrastfolie zum Diskurs der Alternativlosigkeit, der noch vor knapp zehn Jahren virulent war. In der Vorstellung einer rationalen, alternativlosen Technokratie werden scheinbar Wahrheiten direkt in Politik umgesetzt, wobei dies das extreme Gegenteil zu einer Art der Politik darstellt, die anscheinend beliebig mit Wahrheit umgeht. So stellt sich unter dieser Prämisse die Frage, wie sich Wissenschaft und Politik gegenseitig beeinflussen und ob sich eine Veränderung dieses Verhältnisses hinsichtlich der Verschiebung von der rationalen Politik zur Postfaktizität einstellt; und welche Relevanz die emotionale Dimension hinsichtlich gegenwärtiger Politik dabei einnimmt. Zudem stellt sich die Frage, welche Konsequenzen dies für die politische Dimension der wissenschaftlichen Praxis hat und wie sich diese analysieren und denken lässt.

3. Politische Kommunikation und die Technologien der Wahrheit

Vor einiger Zeit wurde bekannt, dass das Unternehmen Cambridge Analytica für die Kampagne von Donald Trump ein ausgeklügeltes System des Micro Targetings nutzte, um potentiellen Wählern über soziale Medien maßgeschneiderte politische Positionen anzubieten. Wahrheit wird hier im Akt der individuellen Kommunikation quasi performativ hergestellt. Unabhängig davon, wie groß die Wirkung dieser Praxis war, sehen wir hier eine paradigmatische Verknüpfung: Die politische Kommunikation und ihre Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien ist nicht nur eine Erweiterung bisheriger Praktiken. Wir treten mit der allgemeinen Verbreitung von Informationstechnik auch in einen neuen Raum der politischen Kommunikation ein, in dem die Frage nach der Wahrheit nicht mehr unabhängig von den Technologien gestellt werden kann, mit der sie produziert wird. In welchem Verhältnis stehen demnach politische Kommunikation und Wahrheit? Und welche Rolle spielen Informationstechnologien in diesem Verhältnis?

Für die kommende Ausgabe der Zeitschrift diskurs werden Beiträge erbeten, die sich empirisch oder theoretisch mit dieser Thematik im Spannungsverhältnis von Politik und Wahrheit beschäftigen.

Die im Peer-Review-Verfahren begutachtete Open-Access-Zeitschrift diskurs zielt aus sozialwissenschaftlicher Perspektive auf eine enge Verknüpfung von innovativer Theorie und Empirie: Artikel mit theoretischen Reflexionen werden optimalerweise durch enge Bezüge zur gesellschaftlichen Praxis begleitet. Neben klassischen Artikeln akzeptieren wir auch Einreichungen von Literaturberichten, (Sammel-)Rezensionen und themenspezifischen Einführungen.

Beiträge können ab sofort bis zum 28. Februar 2018 eingereicht werden. Bitte senden Sie Ihren Beitrag an redaktion@diskurs-zeitschrift.de. Sie erhalten nach spätestens sechs Wochen eine erste Rückmeldung. Alle Einreichungen durchlaufen ein sorgfältiges Verfahren redaktioneller und externer Begutachtung. Angenommene Beiträge erscheinen nach dem Online-First-Prinzip schon vor dem Ende der Frist auf www.diskurs-zeitschrift.de.

Einreichungen sollten maximal 6.000 Wörter/50.000 Zeichen lang sein. Weitere Hinweise zur Formatierung finden Sie [hier](#).